

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 1145

[C — 2005/33031]

23. DEZEMBER 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. Dezember 2000 über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 18. Dezember 1998, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000, 7. Januar 2002, 24. Dezember 2002, 5. Mai 2003 und 3. Juli 2003;

Auf Grund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, insbesondere Artikel 69 sowie Artikel 86, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988 und 16. Juli 1993;

Auf Grund des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen, abgeändert durch die Gesetze vom 21. März 1991 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 26. März 1997 über die Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Abteilungen, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 25. Januar 2000 und vom 27. Mai 2004;

Auf Grund des Erlasses vom 21. Dezember 2000 über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass vom 25. Oktober 2002;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 22. Dezember 2004;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 23. Dezember 2004;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden, des Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus, des Ministers für Unterricht und wissenschaftliche Forschung und der Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

Unterschriftendelegation

Artikel 1 - In Kapitel I des Erlasses vom 21. Dezember 2000 über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dessen Artikel 3 zu Artikel 3.1. wird, wird ein Artikel 3.2 eingefügt, der wie folgt lautet:

«Art. 3.2. Unterschriftendelegation

Der zuständige Abteilungsleiter kann gemäß den Vorgaben des zuständigen Ministers in der Durchführung von ministeriellen Entscheidungen Mitteilungen an Betroffene im Namen des Ministers unterzeichnen.»

Ausgaben in den Fachbereichen

Art. 2 - In Artikel 5 des Erlasses vom 21. Dezember 2000 über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass vom 25. Oktober 2002, wird der Betrag «2.500 EUR» ersetzt durch den Betrag «10.000 EUR».

Vergabe von Subventionen

Art. 3 - In Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 25. Oktober 2002, wird der Betrag «2.500 EUR» ersetzt durch den Betrag «5.000 EUR».

Vollmachten im Bereich Gesundheit, Familie und Soziales

Art. 4 - Artikel 12 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 12.1. § 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse und Sonderauslagen im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 2. März 2001 über die Anerkennung und die Bezuschussung von juristischen Personen, die Jugendliche stationär oder ambulant betreuen.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Pflegegelder und Sonderzulagen im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 9. Januar 1998 über die Anerkennung, die Festlegung des Pflegegeldes und der Sonderzulagen für natürliche Personen bezüglich der Betreuung von untergebrachten Jugendlichen.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Rückerstattung der Kosten von Unterbringungen Jugendlicher außerhalb des Gebietes deutscher Sprache im Rahmen des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse und Sonderauslagen im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 1995 zur Anerkennung und Bezuschussung von Personen und Einrichtungen zur Begleitung und Betreuung von Jugendlichen.

§ 5. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 19. April 1995 zur Förderung der Seniorenvereinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 6. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse an Jugendorganisationen und Ferienlager.

§ 7. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse im Rahmen des Rundschreibens vom 15. Juni 2004 über die Sozialen Härtefälle.

§ 8. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 14. Januar 1999 zwecks Festlegung der Kriterien zur Verteilung des Sonderfonds für Sozialhilfe unter die Öffentlichen Sozialhilfzentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Vollmachten im Bereich Kulturelle Angelegenheiten

Art. 5 - In demselben Erlass wird ein Artikel 12.2. eingefügt, der wie folgt lautet:

«Art. 12.2. Vollmachten im Bereich Kulturelle Angelegenheiten

§ 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der im Rahmen der Subventionen zur Kulturförderung zu vergebenden Zuschüsse für Auftritte im Auftrag sowie für Auslandsfahrten der eingestuften Amateurkunstvereinigungen und Kammermusikensembles gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt über die Anerkennung der Ferienwohnungen in Ausführung des Dekretes vom 23. November 1992, insbesondere Artikel 2, zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt im Rahmen der vom zuständigen Minister festgelegten Anzahl über die Annehmbarkeit zur Bezuschussung und die annehmbaren Dienstjahre der von den Organisationen vorgeschlagenen Personalmitglieder zu befinden in Ausführung des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, Kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse für Teilnahme an Weiterbildungen im Bereich Volks- und Erwachsenenbildung sowie im Bereich Jugend gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften.»

Vollmachten im Bereich des Unterrichtswesens

Art. 6 - Artikel 13 desselben Erlasses wird zu Artikel 13.1.

In demselben Erlass werden die Artikel 13.2 bis 13.8. eingefügt, die wie folgt lauten:

«Art. 13.2. - Bezeichnungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen

§ 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 26 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene zeitweilige Bezeichnung der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals und des psychologischen und sozialen Personals zu befinden.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene zeitweilige Bezeichnung zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 21 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste vorgesehene zeitweilige Bezeichnung zu befinden.

Art. 13.3. - Zulassung zur Probezeit im Gemeinschaftsunterrichtswesen

§ 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 41 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Zulassung zur Probezeit der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals sowie des psychologischen und sozialen Personals zu befinden.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 20 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht vorgesehene Zulassung zur Probezeit zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 15 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Zulassung zur Probezeit zu befinden.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 32 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste vorgesehene Zulassung zur Probezeit zu befinden.

Art. 13.4. - Versetzungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen

Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 8, Artikel 17 und Artikel 26 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Februar 1991 zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die zu beachten sind bei den Versetzungen der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Versetzung zu befinden.

Art. 13.5. - Nationalitätsabweichungen

§ 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 18 Nummer 1, Artikel 33 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 101 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 102 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 108 Nummer 1 und Artikel 109 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 12 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 4 Absatz 1 Nummer 1 und Artikel 12 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 14 Nummer 1 und Artikel 27 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 5. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 1 und Artikel 49 § 1 Nummer 1 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 6. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 20 § 1 Nummer 1 und Artikel 37 Absatz 1 Nummer 1 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Abweichung zu befinden.

Art. 13.6. - Diplomabweichungen

§ 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 20 Absatz 1, 2 und 3 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Diplomabweichung zu befinden.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 5 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Diplomabweichung zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 6 § 1 Nummer 1c) des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psychopädagogische Jahr Postsekundarschuljahr einbezogen, vorgesehene Erlaubnis zu befinden.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 6 § 1 Nummer 1c) des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens vorgesehene Erlaubnis zu befinden.

§ 5. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 6 § 1 Nummer 3 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vorschul- und Primarschulwesen vorgesehene Erlaubnis zu befinden.

Art. 13.7 - Sprachabweichung

Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 25 § 1 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen vorgesehene Erlaubnis der Sprachabweichung zu befinden.

Art. 13.8. - Genehmigung von Urlauben, Abwesenheiten und Zurdispositionstellungen

§ 1 Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Urlaube zu befinden:

1. die in Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Urlaube;

2. die in Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht erwähnten Urlaube;

3. die in Artikel 40 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Urlaube;

4. die in Artikel 169 und 170 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste erwähnten Urlaube;

5. die in Artikel 13*bis*, Artikel 29*bis* des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht, des Personals der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate und der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Urlaube;

6. den in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 12. November 1986 bezüglich des Aufnahmeurlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft zugunsten bestimmter zeitweiliger Personalmitglieder der staatlichen Unterrichtseinrichtungen angeführten Urlaub;

7. den in Artikel 8*bis* des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht erwähnten Urlaub;

8. den in Artikel 2 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. März 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter definitiv ernannter Personalmitglieder und Praktikanten der Lehranstalten der Gemeinschaft angeführten Urlaub;

9. den in Artikel 2 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. März 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter zeitweiliger Personalmitglieder der Lehranstalten der Gemeinschaft angeführten Urlaub;

10. die in Artikel 2 und 3 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. November 1994 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten der Personalmitglieder, für die die Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer für Religion, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Einrichtungen für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht anwendbar sind, angeführten Urlaube;

11. die in Artikel 3 und 4 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 5. Juni 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten PMS-Zentren angeführten Urlaube;

12. die in Artikel 2 § 1, 3 § 1 und § 2 sowie Artikel 4 § 1 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2000 über den politischen Urlaub für Personalmitglieder im Unterrichtswesen und zur Anpassung des Besoldungsstatuts angeführte Beurlaubung;

13. der in Artikel 1 des Gesetzes vom 29. März 1965 bezüglich der Personalmitglieder des Unterrichtswesens, die einer Jugendorganisation zur Verfügung gestellt werden, angeführte Urlaub;

14. den in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand erwähnten Urlaub;

15. der in Artikel 5 des Dekretes vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 angeführte Urlaub.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Zurdispositionstellungen zu befinden:

1. die in Artikel 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Zurdispositionstellungen;

2. die in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht erwähnten Zurdispositionstellungen;

3. die in Artikel 45 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Zurdispositionstellungen;

4. die in Artikel 174 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste erwähnten Zurdispositionstellungen;

5. die in Artikel 8 § 1 Absatz 1 und Artikel 10 § 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren angeführte Zurdispositionstellung.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Gemeinschaftsunterrichtswesen gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Versetzungen in den nichtaktiven Dienst zu befinden:

1. die in Artikel 161 Nummer *a*) und *d*) des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angeführten Abwesenheiten;

2. die in Artikel 4 Nummer *a*) und *c*) des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht erwähnten Abwesenheiten;

3. die in Artikel 42 Nummer *a*) des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnte Abwesenheit;

4. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1976 bezüglich der Abwesenheit längerer Dauer aus familienbedingten Gründen erwähnte Abwesenheit.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im subventionierten Unterrichtswesen über nachfolgende Genehmigungen von Urlauben zu befinden:

1. die in Artikel 74 Absatz 3 und Artikel 77 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums vorgesehene Genehmigung;

2. die in Artikel 72 § 2 Absatz 2 und Artikel 75 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;

3. die in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 5 Absatz 2 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 24. März 1993 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familienbedingten Gründen zugunsten bestimmter definitiv ernannter Personalmitglieder der subventionierten Unterrichtseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnte Genehmigung;

4. die in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 5 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 24. März 1993 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familienbedingten Gründen zugunsten bestimmter zeitweilig bezeichneter Personalmitglieder der subventionierten Unterrichtseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnte Genehmigung;

5. die in Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 2 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. September 1993 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familienbedingten Gründen zugunsten subventionierter Personalmitglieder der subventionierten PMS-Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnte Genehmigung;

6. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Urlaubs, der den subventionierten Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens gewährt wird, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, ein Amt in einem ministeriellen Kabinett auszuüben, erwähnte Genehmigung;

7. die in Artikel 2 des Erlasses der Exekutive vom 23. August 1989 bezüglich des Urlaubs wegen reduzierter Dienstleistungen, der den Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens und der subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren gewährt wird, die das 50. Lebensjahr erreicht oder aber mindestens zwei Kinder zu Lasten haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, und bezüglich der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Alterspension erwähnte Genehmigung;

8. die in Artikel 6 § 1 Absatz 1, § 2 Absatz 1, § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 des Erlasses der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren erwähnte Genehmigung;

9. die in Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 21. Oktober 1985 bezüglich des Urlaubs wegen eines Auftrags und der Disposition wegen eines Sonderauftrags zugunsten von subventionierten Personalmitgliedern der subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;

10. die in Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 13. September 1983 bezüglich des Urlaubs wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens und der Disposition wegen eines Sonderauftrags zugunsten von Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens vorgesehene Genehmigung.

§ 5. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im subventionierten Unterrichtswesen über nachfolgende Genehmigungen von Zurdispositionstellungen zu befinden:

1. die in Artikel 76 § 1 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;

2. die in Artikel 78 § 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums vorgesehene Genehmigung;

3. die in Artikel 8 § 1 Absatz 1 und Artikel 10 § 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren angeführte Genehmigung;

4. die in Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 21. Oktober 1985 bezüglich des Urlaubs wegen eines Auftrags und der Disposition wegen eines Sonderauftrags zugunsten von subventionierten Personalmitgliedern der subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;

5. die in Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 13. September 1983 bezüglich des Urlaubs wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens und der Disposition wegen eines Sonderauftrags zugunsten von Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens vorgesehene Genehmigung.»

Vollmachten im Bereich Ausbildung und Beschäftigung

Art. 7 - Artikel 14, § 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Vollmachten im Bereich der Infrastruktur der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 8 - Artikel 15 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 25. Oktober 2002, wird wie folgt abgeändert:

— § 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: «§ 1. Die nachfolgenden Vollmachten gelten für den Dienstleiter des Infrastrukturdienstes in den Allgemeinen Diensten des Ministeriums bezüglich der Infrastruktur der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

— in § 2 wird der Betrag «5.000 EUR» ersetzt durch den Betrag «30.000 EUR».

Vollmachten im Bereich der Subventionen für Infrastruktur

Art. 9 - Artikel 16 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 25. Oktober 2002, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 16. Insoweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, wird dem Dienstleiter des Infrastrukturdienstes in den Allgemeinen Diensten des Ministeriums Entscheidungsvollmacht erteilt, einschließlich der Festlegung, Genehmigung und Anweisung der Ausgaben, für die Gewährung von Subventionen im Rahmen der nicht aufgliederten Mittel für die Infrastruktur der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis zum Höchstbetrag von 30.000 EUR.»

In-Kraft-Treten

Art. 10 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Ausführungsbestimmung

Art. 11 - Die Minister sind jeder in seinem Bereich mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 23. Dezember 2004

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Minister-Präsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport
Frau I. WEYKMANS

 TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 1145

[C - 2005/33031]

23 DECEMBRE 2004. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant l'arrêté du Gouvernement de la Communauté Germanophone du 21 décembre 2000 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993, 30 décembre 1993, 16 décembre 1996, 18 décembre 1998, 4 mai 1999, 6 mai 1999, 25 mai 1999, 22 décembre 2000, 7 janvier 2002, 24 décembre 2002, 5 mai 2003 et 3 juillet 2003;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, notamment l'article 69 et l'article 86, modifié par les lois spéciales des 8 août 1988 et 16 juillet 1993;

Vu la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions, modifiée par les lois des 21 mars 1991 et 16 juillet 1993;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 26 mars 1997 relatif à l'organisation du Ministère de la Communauté germanophone en divisions, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 25 janvier 2000 et 27 mai 2004;

Vu l'arrêté du 21 décembre 2000 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone, modifié par l'arrêté du 25 octobre 2002;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 22 décembre 2004;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 23 décembre 2004;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux, du Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme, du Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique ainsi que de la Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

Délégation de signature

Article 1^{er}. Au chapitre I de l'arrêté du 21 décembre 2000 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone, dont l'article 3 devient l'article 3.1., il est inséré un article 3.2., libellé comme suit :

« Article 3.2. Délégation de signature

Pour l'exécution de décisions ministérielles, le chef de division compétent peut, suivant les instructions du ministre compétent, signer au nom de celui-ci des communications adressées aux intéressés. »

Dépenses spécifiques

Art. 2. Dans l'article 5 de l'arrêté du 21 décembre 2000 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone, modifié par l'arrêté du 25 octobre 2002, le montant « 2.500 euros » est remplacé par « 10.000 euros ».

Octroi de subventions

Art. 3. Dans l'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 25 octobre 2002, le montant « 2.500 euros » est remplacé par « 5.000 euros ».

Délégations en matière de santé, famille et affaires sociales

Art. 4. L'article 12 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 12.1 - § 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions et des remboursements de frais spéciaux en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2001 relatif à l'agrément et au subventionnement de personnes morales qui assurent la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des allocations d'entretien et allocations spéciales en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 9 janvier 1998 relatif à la reconnaissance, à la fixation de l'allocation d'entretien et des allocations allouées aux personnes morales pour la guidance de jeunes placés.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour rembourser les frais de placement de jeunes en dehors de la région de langue allemande dans le cadre du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse.

§ 4 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions et des remboursements de frais spéciaux en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 1995 réglant sur base du décret relatif à l'aide à la jeunesse la reconnaissance et le subventionnement de personnes et d'institutions accompagnant et assistant les jeunes.

§ 5 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 1995 visant la promotion d'associations de personnes âgées en Communauté germanophone.

§ 6 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions à des organisations de jeunesse et à des camps de vacances.

§ 7 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions dans le cadre de la circulaire du 15 juin 2004 relative aux cas sociaux graves.

§ 8 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 14 janvier 1999 portant fixation des critères de répartition du fonds spécial d'aide sociale entre les centres publics d'aide sociale de la Communauté germanophone. »

Délégations en matière culturelle

Art. 5. Dans le même arrêté, il est inséré un article 12.2., libellé comme suit :

« Article 12.2. - Délégations en matière culturelle

§ 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions qui, dans le cadre des subventions visant la promotion culturelle, doivent le cas échéant être accordées en exécution des prescriptions en la matière pour des prestations sur ordre ainsi que pour des voyages à l'étranger des associations d'art amateur classées et ensembles de musique de chambre classés.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'agrément des habitations de vacances en exécution du décret du 23 novembre 1992, notamment de l'article 2.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer dans les limites du nombre fixé par le ministre compétent sur l'admissibilité aux subventions et sur les années de service admissibles des candidats proposés par les organisations, et ce en exécution de l'arrêté de l'Exécutif du 6 juillet 1992 portant exécution du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus.

§ 4 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions pour la participation à des formations continues dans le secteur de la formation populaire et de la formation des adultes ainsi que dans le secteur de la jeunesse le cas échéant en exécution des prescriptions en la matière. »

Délégations en matière d'enseignement

Art. 6. L'article 13 du même arrêté devient l'article 13.1.

Dans le même arrêté sont insérés des articles 13.2. à 13.8., libellés comme suit :

« Article 13.2. - Désignations dans l'enseignement communautaire

§ 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la désignation à titre temporaire des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical, psychologique et social telle que prévue par l'article 26 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la désignation à titre temporaire prévue par l'article 6 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la désignation à titre temporaire prévue par l'article 21, alinéa 1, de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés.

Article 13.3. - Admission au stage dans l'enseignement communautaire

§ 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'admission au stage des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical, psychologique et social telle que prévue par l'article 41, alinéa 1, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'admission au stage prévue par l'article 20 de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'admission au stage prévue par l'article 15 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 4 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'admission au stage prévue par l'article 32, alinéa 1, de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés.

Article 13.4. - Mutations dans l'enseignement communautaire

Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la mutation prévue par les articles 8, 17 et 26 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 27 février 1991 fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

Article 13.5. - Dérogations en matière de nationalité

§ 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue par les articles 18, 1°, 33, alinéa 1, 1°, 101, alinéa 1, 1°, 102, alinéa 1, 1°, 108, 1° et 109, 1°, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue par l'article 12, 1°, de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue par les articles 4, alinéa 1, 1°, et 12, 1°, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 4 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue par les articles 14, 1°, et 27, 1°, de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés.

§ 5 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue par les articles 33, alinéa 1, 1°, et 49, § 1, 1°, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné.

§ 6 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue par les articles 20, § 1, 1°, et 37, alinéa 1, 1°, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés.

Article 13.5. - Dérogations en matière de diplôme

§ 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de diplôme prévue par l'article 20, alinéas 1, 2 et 3, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière de diplôme prévue par l'article 5, alinéa 1, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'autorisation prévue par l'article 6, § 1, 1°, c), de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique.

§ 4 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'autorisation prévue par l'article 6, § 1, 1°, c), de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale.

§ 5 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'autorisation prévue par l'article 6, § 1, 3°, de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire.

Article 13.7. - Dérogation en matière linguistique

Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation en matière linguistique prévue par l'article 25, § 1, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement.

Article 13.8. - Approbation de congés, absences et mises en disponibilité

§ 1 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'éventuel octroi d'un des congés suivants dans l'enseignement de la Communauté germanophone :

1° les congés mentionnés à l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

2° les congés mentionnés à l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

3° les congés mentionnés à l'article 40 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone;

4° les congés mentionnés aux articles 169 et 170 de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés;

5° les congés mentionnés aux articles 13bis et 29bis de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

6° le congé mentionné à l'article 2 de l'arrêté royal du 12 novembre 1986 relatif aux congés d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle accordés à certains membres temporaires du personnel des établissements d'enseignement de l'Etat;

7° le congé mentionné à l'article 8bis de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

8° le congé mentionné à l'article 2 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 13 mars 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres définitifs et stagiaires du personnel des établissements de l'enseignement de la Communauté;

9° le congé mentionné à l'article 2 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 13 mars 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres temporaires du personnel des établissements de l'enseignement de la Communauté;

10° les congés mentionnés aux articles 2 et 3 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 23 novembre 1994 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés aux membres du personnel soumis aux dispositions de l'arrêté royal du 25 octobre 1971, fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

11° les congés mentionnés aux articles 3 et 4 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 5 juin 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres du personnel des centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

12° les congés mentionnés aux articles 2, § 1, 3, §§ 1 et 2, et 4, § 1, de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 relatif au congé politique pour les membres du personnel dans l'enseignement et portant adaptation du statut pécuniaire;

13° le congé mentionné à l'article 1 de la loi du 29 mars 1965 relative à la mise à la disposition des organisations de jeunesse, de membres du personnel enseignant;

14° le congé mentionné à l'article 2 de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'Etat et des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite;

15° le congé mentionné à l'article 5 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003.

§ 2 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'éventuel octroi d'une des mises en disponibilité suivantes dans l'enseignement de la Communauté germanophone :

1° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

2° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 7 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

3° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone;

4° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 174 de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés;

5° la mise en disponibilité mentionnée aux articles 8, § 1, alinéa 1, et 10, § 1, alinéa 1, de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux.

§ 3 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'éventuel octroi d'une des mises en non-activité suivantes dans l'enseignement communautaire :

1° les absences mentionnées à l'article 161, a) et d), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

2° les absences mentionnées à l'article 4, a) et c), de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

3° l'absence mentionnée à l'article 42, a), de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone;

4° l'absence mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal du 25 novembre 1976 relatif aux absences de longue durée justifiées par des raisons familiales.

§ 4 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur les autorisations de congé suivantes dans l'enseignement subventionné :

1° l'autorisation prévue par les articles 74, alinéa 3, et 77, § 1, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

2° l'autorisation prévue par les articles 72, § 2, alinéa 2, et 75, § 1, alinéa 2, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés;

3° l'autorisation prévue par les articles 2, alinéa 2, et 5, alinéa 2, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 24 mars 1993 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés à certains membres subsidiés du personnel définitif des établissements d'enseignement subventionné par la Communauté germanophone;

4° l'autorisation prévue par les articles 2, alinéa 2, et 5 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 24 mars 1993 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés à certains membres subsidiés du personnel temporaire des établissements d'enseignement subventionné par la Communauté germanophone;

5° l'autorisation prévue par les articles 3, alinéa 2, 4, alinéa 2, et 7, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 1^{er} septembre 1993 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés aux membres subsidiés du personnel des centres psycho-médico-sociaux subventionnés;

6° l'autorisation prévue par l'article 2 de l'arrêté royal du 16 décembre 1981 concernant le congé des membres du personnel subventionné de l'enseignement subventionné, afin de leur permettre d'exercer une fonction dans un cabinet ministériel;

7° l'autorisation prévue par l'article 2 de l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement subventionné et des centres psycho-médico-sociaux subventionnés qui ont atteint l'âge de 50 ans ou qui ont au moins deux enfants à charge qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite;

8° l'autorisation prévue par les articles 6, § 1, alinéa 1, § 2, alinéa 1, § 3, alinéa 1, et § 4, alinéa 1, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

9° l'autorisation prévue par l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 21 octobre 1985 relatif au congé pour mission et à la disponibilité pour mission spéciale des membres du personnel subventionnés des centres psycho-médico-sociaux subventionnés;

10° l'autorisation prévue par l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 13 septembre 1983 concernant le congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement et la disponibilité pour mission spéciale des membres du personnel de l'enseignement subventionné.

§ 5 - Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur les autorisations de mise en disponibilité suivantes dans l'enseignement subventionné :

1° l'autorisation prévue par l'article 76, § 1, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés;

2° l'autorisation prévue par les articles 78, § 1, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

3° l'autorisation prévue aux articles 8, § 1, alinéa 1, et 10, § 1, alinéa 1, de l'arrêté royal n°297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

4° l'autorisation prévue par l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 21 octobre 1985 relatif au congé pour mission et à la disponibilité pour mission spéciale des membres du personnel subventionnés des centres psycho-médico-sociaux subventionnés;

5° l'autorisation prévue par l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 13 septembre 1983 concernant le congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement et la disponibilité pour mission spéciale des membres du personnel de l'enseignement subventionné. »

Délégations en matière de formation et d'emploi

Art. 7. L'article 14, § 2, du même arrêté est abrogé.

Délégations en matière d'infrastructure de la Communauté germanophone

Art. 8. L'article 15 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 25 octobre 2002, est modifié comme suit :

Le § 1 est remplacé par la disposition suivante :

« § 1 - Les délégations suivantes s'appliquent au chef de service du Service de l'Infrastructure auprès des Services généraux du Ministère en ce qui concerne l'infrastructure de la Communauté germanophone. »

Au § 2, le montant de « 5.000 euros » est remplacé par « 30.000 euros ».

Délégations en matière de subventions pour l'infrastructure scolaire

Art. 9. L'article 16 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 25 octobre 2002, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 16 - Délégation est donnée au chef de service du Service de l'Infrastructure auprès des Services généraux du Ministère pour statuer sur l'octroi de subventions dans le cadre des crédits non dissociés pour l'infrastructure de la Communauté germanophone à concurrence de 30.000 euros, en ce compris la fixation, l'approbation et l'ordonnancement des dépenses, à condition qu'il s'agisse de décisions non discrétionnaires. »

Entrée en vigueur

Art. 10. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2005.

Exécution

Art. 11. Les ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 décembre 2004.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,
Mme I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 1145

[C - 2005/33031]

23 DECEMBER 2004. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 21 december 2000 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan beampten van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993, 30 december 1993, 16 december 1996, 18 december 1998, 4 mei 1999, 6 mei 1999, 25 mei 1999, 22 december 2000, 7 januari 2002, 24 december 2002, 5 mei 2003 en 3 juli 2003;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, inzonderheid op artikel 69 en op artikel 86, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988 en 16 juli 1993;

Gelet op de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten, gewijzigd bij de wetten van 21 maart 1991 en 16 juli 1993;

Gelet op het besluit van de Regering van 26 maart 1997 tot organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in afdelingen, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 25 januari 2000 en 27 mei 2004;

Gelet op het besluit van 21 december 2000 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan beampten van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van 25 oktober 2002;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 22 december 2004;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 23 december 2004;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Lokale Besturen, van de Vice-Minister-President, Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme, van de Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek, alsmede van de Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

Delegatie van ondertekening

Artikel 1. In hoofdstuk I van het besluit van 21 december 2000 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan beampten van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, waarvan het artikel 3 artikel 3.1. wordt, wordt een artikel 3.2. ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 3.2. - Delegatie van ondertekening

In de uitvoering van ministeriële beslissingen kan het bevoegde afdelingshoofd, overeenkomstig de aanwijzingen van de bevoegde minister, mededelingen aan de betrokkenen namens de minister ondertekenen. »

Specifieke uitgaven

Art. 2. In artikel 5 van het besluit van 21 december 2000 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan beampten van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van 25 oktober 2002, wordt het bedrag « € 2.500 » vervangen door « € 10.000 ».

Toekenning van toelagen

Art. 3. In artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 25 oktober 2002, wordt het bedrag « € 2.500 » vervangen door « € 5.000 ».

Delegaties inzake gezondheid, gezin en sociale aangelegenheden

Art. 4. Artikel 12 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 12.1. - § 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen en bijzondere terugbetalingen in het kader van het besluit van de Regering van 2 maart 2001 betreffende de erkenning en de subsidiëring van rechtspersonen die voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren zorgen.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de onderhoudstoelagen en van de bijzondere vergoedingen in het kader van het besluit van de Regering van 9 januari 1998 betreffende de erkenning, de vastlegging van de onderhoudstoelage en van de bijzondere vergoedingen toegekend aan natuurlijke personen voor de begeleiding van geplaatste jongeren.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de terugbetaling van de kosten aangegaan voor het herbergen van jongeren buiten het Duitstalige gebied in het kader van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand.

§ 4 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen en bijzondere terugbetalingen in het kader van het besluit van de Regering van 20 december 1995 houdende erkenning en subsidiëring van personen en inrichtingen die jongeren begeleiden en bijstaan op grond van het decreet over jeugdbijstand.

§ 5 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen in het kader van het besluit van de Regering van 19 april 1995 tot bevordering van de bejaardenverenigingen in de Duitstalige Gemeenschap.

§ 6 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen aan jeugdorganisaties en vakantiekampen.

§ 7 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen in het kader van de omzendbrief van 15 juni 2004 betreffende de schrijvende sociale gevallen.

§ 8 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen in het kader van het besluit van de Regering van 14 januari 1999 houdende vaststelling van de criteria voor de verdeling van het bijzonder fonds voor maatschappelijk welzijn onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de Duitstalige Gemeenschap. »

Delegaties in culturele aangelegenheden

Art. 5. In hetzelfde besluit wordt een artikel 12.2. ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 12.2. - Delegaties in culturele aangelegenheden

§ 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen die met het oog op de culturele bevordering moeten worden gegeven voor optreden voor orde alsmede voor reizen in het buitenland van de geklasseerde verenigingen voor amateurkunst en kamermuziek-ensembles, desgevallend met toepassing van de desbetreffende voorschriften.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de erkenning van de vakantiewoningen met toepassing van het decreet van 23 november 1992, inzonderheid van artikel 2.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om in het kader van het door de bevoegde minister vastgelegd aantal over de subsidieerbaarheid en de aanneembare dienstjaren van de door de organisaties voorgestelde kandidaten te beslissen met toepassing van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra.

§ 4 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toekenning en de uitbetaling van de toelagen voor de deelneming aan voortgezette opleidingen in de sector « volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen » alsmede in de sector « jeugd », desgevallend met toepassing van de desbetreffende voorschriften. »

Delegaties inzake onderwijs

Art. 6. Artikel 13 van hetzelfde besluit wordt artikel 13.1.

In hetzelfde besluit worden de artikelen 13.2 tot 13.8 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 13.2. - Aanwijzingen in het gemeenschapsonderwijs

§ 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de tijdelijke aanwijzing van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch, psychologisch en sociaal personeel, zoals bedoeld in artikel 26 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de tijdelijke aanwijzing bedoeld in artikel 6 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de tijdelijke aanwijzing bedoeld in artikel 21, lid 1, van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra.

Artikel 13.3. - Toelating tot de stage in het gemeenschapsonderwijs

§ 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toelating tot de stage van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch, psychologisch en sociaal personeel, zoals bedoeld in artikel 41, lid 1, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toelating tot de stage bedoeld in artikel 20 van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toelating tot de stage bedoeld in artikel 15 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toelating tot de stage bedoeld in artikel 32, lid 1, van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra.

Artikel 13.4. - Mutaties in het gemeenschapsonderwijs

Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de mutatie bedoeld in de artikelen 8, 17 en 26 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 27 februari 1991 tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel, van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

Artikel 13.5 - Afwijkingen inzake nationaliteit

§ 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in de artikelen 18, 1^o, 33, lid 1, 1^o, 101, lid 1, 1^o, 102, lid 1, 1^o, 108, 1^o, en 109, 1^o, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 12, 1^o, van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in de artikelen 4, lid 1, 1^o, en 12, 1^o, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in de artikelen 14, 1^o, en 27, 1^o, van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra.

§ 5 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in de artikelen 33, lid 1, 1^o, en 49, § 1, 1^o, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum.

§ 6 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in de artikelen 20, § 1, 1°, en 37, lid 1, 1°, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra.

Artikel 13.6 - Afwijkingen inzake diploma

§ 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake diploma bedoeld in artikel 20, leden 1, 2 en 3, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake diploma bedoeld in artikel 5, lid 1, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de vergunning bedoeld in artikel 6, § 1, 1°, c), van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar.

§ 4 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de vergunning bedoeld in artikel 6, § 1, 1°, c), van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie.

§ 5 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de vergunning bedoeld in artikel 6, § 1, 3°, van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs.

Artikel 13.7. - Afwijking inzake taal

Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking inzake taal toegestaan krachtens artikel 25, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs.

Artikel 13.8 - Goedkeuring van verloven, afwezigheden en terbeschikkingstellingen

§ 1 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap, desgevallend over de toekenning van één der volgende verloven te beslissen :

1° de verloven vermeld in artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

2° de verloven vermeld in artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

3° de verloven vermeld in artikel 40 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

4° de verloven vermeld in de artikelen 169 en 170 van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra;

5° de verloven vermeld in de artikelen 13*bis* en 29*bis* van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

6° het verlof vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 12 november 1986 betreffende het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij toegekend aan sommige tijdelijk aangestelde personeelsleden van rijksonderwijsinrichtingen;

7° het verlof vermeld in artikel 8*bis* van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

8° het verlof vermeld in artikel 2 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 13 maart 1991 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde vastbenoemde personeelsleden en stagiairs van de inrichtingen van het gemeenschapsonderwijs toegekend worden;

9° het verlof vermeld in artikel 2 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 13 maart 1991 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde tijdelijke personeelsleden van de inrichtingen van het gemeenschapsonderwijs toegekend worden;

10° de verloven vermeld in de artikelen 2 en 3 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 23 november 1994 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan de personeelsleden toegekend worden op wie de bepalingen van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst der inrichtingen voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat toepasselijk zijn;

11° de verlopen vermeld in de artikelen 3 en 4 van het besluit van de Executieve van 5 juni 1991 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde personeelsleden van de door het gemeenschapsonderwijs georganiseerde PMS-centra toegekend worden;

12° het verlof vermeld in de artikelen 2, § 1, 3, § 1 en 4, § 1 van het besluit van de Regering van 21 december 2000 betreffende het politiek verlof voor de personeelsleden in het onderwijs en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling;

13° het verlof vermeld in artikel 1 van de wet van 29 maart 1965 betreffende de terbeschikkingstelling van leden van het onderwijzend personeel ten behoeve van jeugdorganisaties;

14° het verlof vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verlopen voor verminderde prestaties toegestaan aan de personeelsleden van het rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van het Rijk die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat;

15° het verlof vermeld in artikel 5 van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003.

§ 2 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap, desgevallend over de toekenning van één der volgende terbeschikkingstellingen te beslissen :

1° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 164 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

2° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 7 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

3° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 45 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

4° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 174 van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra;

5° de terbeschikkingstelling vermeld in de artikelen 8, § 1, lid 1, en 10, § 1, lid 1 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verlopen voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra.

§ 3 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het gemeenschapsonderwijs, desgevallend over de toekenning van één der volgende op non-activiteitstellingen te beslissen :

1° de afwezigheden vermeld in artikel 161, a) en d), van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

2° de afwezigheden vermeld in artikel 4, a) en c), van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

3° de afwezigheid vermeld in artikel 42, a), van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke protestantse en Iraëlite godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

4° de afwezigheid vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 25 november 1976 betreffende de afwezigheden van lange duur gewettigd door familiale redenen.

§ 4 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het gesubsidieerd onderwijs over de goedkeuringen van verlopen te beslissen :

1° de goedkeuring vermeld in de artikelen 74, lid 3, en artikel 77, § 1, lid 2, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum;

2° de goedkeuring vermeld in de artikelen 72, § 2, lid 2, en 75, § 1, lid 2, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra;

3° de goedkeuring vermeld in de artikelen 2, lid 2, en 5, lid 2, van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 24 maart 1993 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde vastbenoemde personeelsleden van de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap toegekend worden;

4° de goedkeuring vermeld in de artikelen 2, lid 2, en 5, van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 24 maart 1993 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde tijdelijk aangestelde personeelsleden van de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap toegekend worden;

5° de goedkeuring vermeld in de artikelen 3, lid 2, 4, lid 2, en 7, lid 2, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 1 september 1993 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde PMS-centra van de Duitstalige Gemeenschap toegekend worden;

6° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het verlof om de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs toe te laten een ambt uit te oefenen in een ministerieel kabinet;

7° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het besluit van de Executieve van 23 augustus 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de leden van het personeel van het gesubsidieerde onderwijs en van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die tenminste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die de oppensioenstelling voorafgaat;

8° de goedkeuring vermeld in artikel 6, § 1, lid 1, § 2, lid 1, § 3, lid 1, en § 4, lid 1, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

9° de goedkeuring vermeld in artikel 2, lid 2, van het koninklijk besluit van 21 oktober 1985 betreffende het verlof wegens opdracht en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht van de gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

10° de goedkeuring vermeld in artikel 2, lid 2, van het koninklijk besluit van 13 september 1983 betreffende het verlof voor opdrachten in het belang van het onderwijs en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht van de personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs.

§ 5 - Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het gesubsidieerd onderwijs over de goedkeuringen van terbeschikkingstellingen te beslissen :

1° de goedkeuring vermeld in artikel 76, § 1, van decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra;

2° de goedkeuring vermeld in artikel 78, § 1, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum;

3° de goedkeuring vermeld in de artikelen 8, § 1, lid 1, en 10, § 1, lid 1 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

4° de goedkeuring vermeld in artikel 2, lid 2, van het koninklijk besluit van 21 oktober 1985 betreffende het verlof wegens opdracht en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht van de gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

5° de goedkeuring vermeld in artikel 2, lid 2, van het koninklijk besluit van 13 september 1983 betreffende het verlof voor opdrachten in het belang van het onderwijs en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht van de personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs. »

Delegaties inzake opleiding en tewerkstelling

Art. 7. Artikel 14, § 2, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Delegaties inzake infrastructuur van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 8. Artikel 15 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 25 oktober 2002, wordt gewijzigd als volgt :

— § 1 wordt vervangen door de volgende bepaling « § 1 - Volgende delegaties gelden voor het diensthoofd van de « Dienst Infrastructuur » bij de Algemene Diensten van het Ministerie, wat de infrastructuur van de Duitstalige Gemeenschap betreft. »

— in § 2 wordt het bedrag « € 5.000 » vervangen door « € 30.000 ».

Delegaties inzake toelagen voor de infrastructuur

Art. 9. Artikel 16 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 25 oktober 2002, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 16 - Delegatie wordt toegekend aan het diensthoofd van de « Dienst Infrastructuur » bij de Algemene Diensten van het Ministerie om te beslissen over de toekenning van toelagen ten belope van « € 30.000 » in het kader van de niet-gesplitste kredieten, met inbegrip van de vaststelling, goedkeuring en ordonnancering van deze uitgaven, voorzover het gaat om gebonden beslissingen. »

Inwerkingtreding

Art. 10. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2005.

Uitvoering

Art. 11. De Ministers zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2004.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
Mevr. I. WEYKMANS